

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Rosa-Luxemburg-Stiftung,

Wie schon im letzten November möchten wir Euch über eine Reihe unserer Aktivitäten informieren. Neben diesen aktuellen Nachrichten verweisen wir auch auf allgemeinere Materialien des IfG, die ihr auf dem Ordner PPA (benannt nach unserem Vorgänger, der Projektgruppe Politikanalyse) in einem für alle zugänglichen Ordner »Stiftungsweite Informationen« findet. In der letzten Zeit hatten wir eine Reihe von Möglichkeiten geschaffen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anderer Bereiche sich bei uns vorstellen und uns Anregungen für unsere Arbeit geben. Wir bedanken uns dafür und werden diese Tradition fortsetzen.

Für Nachfrage Michaela Klingberg (klingberg@rosalux.de; 030 44310 160).

I.	Wichtige Veranstaltungen des IfG der letzten Monate und ein Ausblick	1
1.	Die Konferenz zum Streik, 1. bis 3. März 2013. Erfahrungen mit einer aktivierenden und demokratischen Streikkultur (in Kooperation mit Ver.di Stuttgart und der Landesstiftung in Baden-Württemberg) (http://www.rosalux.de/documentation/46538/erneuerung-durch-streik.html)	1
2.	„Wohlstand – Wie anders? Linke Perspektiven nach der Enquete-Kommission 'Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität'“ 26. April 2013 (http://www.rosalux.de/event/48092/wohlstand-wie-anders.html)	2
3.	Die Vorstellung der Studie von Heiner Flassbeck und Costas Lapavitsas (http://www.rosalux.de/eurokrise)	2
4.	Workshops zur wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion.....	3
5.	Weltsozialforum (http://www.rosalux.de/documentation/467/weltsozialforum-2004.html)	3
6.	Am Herrschaftsknoten ansetzen. Symposium zum 75. Geburtstag von Frigga Haug am 15. März 2013 in Berlin (http://www.rosalux.de/documentation/48090/am-herrschaftsknoten-ansetzen.html)	4
7.	„Neue Entwicklungen der innerparteilichen Demokratie in der KP Chinas und in linken Parteien Europas“	4
III.	Wichtige Publikationen	5
IV.	Zeitschrift <i>LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis</i>	6

I. Wichtige Veranstaltungen des IfG der letzten Monate und ein Ausblick

Unter Veranstaltungen, an denen das IfG beteiligt war und sie mitgestaltet hat, möchten wir auf den Kirchentag hinweisen (ein Bericht dazu ging an alle MitarbeiterInnen). Auch bei der Vorbereitung von Blockupy-Aktivitäten in Frankfurt am Main und dem Kongress *Umfairteilen* waren KollegInnen des IfG in hohem Maße aktiv. Besonders wichtig waren darüber hinaus die beiden folgenden Arbeitsschwerpunkte:

- 1. Die Konferenz zum Streik, 1. bis 3. März 2013. Erfahrungen mit einer aktivierenden und demokratischen Streikkultur (in Kooperation mit Ver.di Stuttgart und der Landesstiftung in Baden-Württemberg) (<http://www.rosalux.de/documentation/46538/erneuerung-durch-streik.html>)**

Über 500 Menschen nahmen an der von RLS und ver.di Stuttgart organisierten Konferenz „Erneuerung durch Streik. Erfahrungen mit einer aktivierenden und demokratischen Streikkultur“ vom 01.-03. März in Stuttgart teil.

„Es gibt keine wissenschaftliche Sozialkritik ohne Sozialkritik in der Praxis“, beschrieb Klaus Dörre von der

Universität Jena in seiner Abschlussrede am Sonntag sein Verständnis kritischer Wissenschaft und würdigte die auf der Konferenz zusammengetragenen praktischen Streikerfahrungen. Neben den überwiegend jungen haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschaftsaktiven suchten auch GewerkschaftsforscherInnen und Studierende den Austausch im Stuttgarter Gewerkschaftshaus.

Bernd Riexinger, ehemaliger Geschäftsführer von ver.di Stuttgart, berichtete von einer neuen Streikkultur, die sie über Jahre hinweg aufgebaut hätten. Wichtig sei die demokratische Funktion der Streikversammlung, in der die Streikenden zusammen kommen und gemeinsam die Streikstrategie entwickeln: „So entstehen eine große Kampfkraft und ein hohes Verantwortungsbewusstsein.“

Herausgestellt wurde auf der Konferenz immer wieder der Zusammenhang von Streiks und Mitgliederentwicklung. Um Gewerkschaften zu stärken, müsse das wichtigste Machtmittel der Gewerkschaften, der Streik, offensiv und innovativ genutzt werden. Die Diskussion über Streikstrategien und konkrete Schritte soll auf regionalen Treffen und in Publikationen weitergeführt werden. Angedacht ist auch eine Folgekonferenz in Hannover im Jahre 2014.

2. „Wohlstand – Wie anders? Linke Perspektiven nach der Enquete-Kommission 'Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität'“ 26. April 2013 (<http://www.rosalux.de/event/48092/wohlstand-wie-anders.html>)

Die Konferenz spitzte kritische Perspektiven auf nicht genutzte Potenziale linker Politikansätze und kritischer Gesellschaftsentwürfe zu, die in der Arbeit der Enquete-Kommission nicht angemessen einbezogen worden sind und zeichnete ein Bild des kritischen Debattenstandes - vor allem rund um die Begriffe Wachstum und Wohlstand.. Neben Mitgliedern der Enquete-Kommission (externe Sachverständige; Mitglieder der Fraktion der LINKEN im Bundestag) und Teilnehmer_innen eines breiten Spektrums aus NGO, sozialen Bewegungen und kritischer Öffentlichkeit (z.B. Enquete-Watch Leipzig) waren rund 100 Teilnehmer_innen über den Tag in der Diskussion engagiert. Dabei ging es zentral auch darum, kritische Diskurse aus sozial-ökologischer und feministischer gesellschaftskritischer Perspektive mit Bezug auf das Thema der Enquete zusammenzuführen.

Ein gemeinsamer Ansatzpunkt der Kritik an der Arbeit der Kommission über die letzten 2 Jahre richtete sich gegen in der Enquete hegemoniale Perspektive regierungskoalitionärer Positionen, die den Wachstumsbegriff nicht umfassend hinterfragen wollten: Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität sind aus dieser Sicht kaum trennscharf zu analysieren. Als abstrakt und gleichzeitig als Schlüsselproblem stellte sich in den Diskussionen die Überführung vieler existierender Beispiele alternativer Praxen, Entwürfe für ein gutes Leben, die oft in lokalen Kontexten entstehen, auf übergreifende institutionelle und gesellschaftliche Ebenen dar. Die Orientierung an dieser Frage könnte dem linken politischen Spektrum jedoch als Möglichkeit zur Neuausrichtung dienen. Dass diese Orientierung auch und vor allem innerhalb der Linken ausgefochten werden muss, zeigt etwa das differenzierte Bild vom Wachstumsbegriff: Bedarf es einer gänzlichen Abkehr von Wachstum? Lässt sich das Problem durch Umverteilen und Effizienzsteigerung lösen? Welche Rolle spielt grünes Wachstum? Sollte man sich ganz aus der Wachstumsdebatte herausziehen? - In diesem Prozess der Neuorientierung ginge es für die Partei DIE LINKE hauptsächlich um eine bessere Vermittlung der eigenen Positionen, die bisher oft eher durch „anecken“ und abgrenzen klar wird. Geteilte Einschätzung war an diesem Tag, dass jede Suche nach praktischen, konzeptionellen, politischen und gesellschaftlichen Alternativen eben auch Herrschafts- und Systemkritik ist. Es bedarf mehr als kleiner Korrekturen.

3. Die Vorstellung der Studie von Heiner Flassbeck und Costas Lapavistas (<http://www.rosalux.de/eurokrise>)

Die Eurokrise hat nun in der bundesdeutschen Linken eine Diskussion über die Option eines «geregelten Austritts» einzelner Länder aus dem Euro entfacht. Dabei geht es um die Rückkehr zu nationalen Währungen als eine mögliche Lösung im Sinne der am stärksten von der Krise betroffenen Gesellschaften, insbesondere Griechenlands. Zugleich ließe sich ein unkontrolliertes Auseinanderbrechen der Eurozone verhindern, argumentieren etwa die Wirtschaftswissenschaftler Heiner Flassbeck und Costas Lapavistas. Sie ha-

ben im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Studie zu den Ursachen der Eurokrise und möglichen Strategien zur ihrer Überwindung vorlegt. Die englischsprachige Studie von Flassbeck/Lapavitsas wird hier gemeinsam mit einem deutschsprachigen Kommentar von Flassbeck und der in deutsch übersetzten Zusammenfassung zur Verfügung gestellt. Im Folgenden dokumentieren wir im Sinne einer pluralen Debatte weitere Arbeiten der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Euro-Frage im engeren Sinne sowie Materialien zu linken Strategien in der Euro-Krise im Allgemeinen.

Am 30.5. fand in Berlin eine Fachkonferenz der RLS zum Thema statt. Heiner Flassbeck und Costas Lapavitsas haben ihre Studie „The Systemic Crisis of the Euro – True Causes and Effective Therapies“ dort präsentieren und mit linken Ökonomen und Politikern diskutiert. Die vorhergehende Pressekonferenz mit den Autoren und PolitikerInnen der Partei DIE LINKE in Frankfurt am Main sowie das umfangreiche Medienecho zeugen davon, dass es der RLS unter besonderer Beteiligung von Sabine Reiner (Vorstand der RLS), Mario Candeias (IfG) und dem Bereich Politische Kommunikation gelungen ist, professionell und wirksam ein in der Linken strittiges Thema aufzugreifen.

4. Workshops zur wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion

Der Newsletter soll zugleich einladen, sich an zwei IfG-Projekten zu beteiligen bzw. für eine Beteiligung an ihnen zu werben. Da ist zum einen das Vorhaben, vom 7. bis 9. März 2014 einen internationalen Workshop zu Rosa Luxemburgs „Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus“ zu veranstalten. Er soll insbesondere Impulse für die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion zur Finanzialisierung und zur Krisenproblematik wie für die „Rosa-Luxemburg-Bildungstage“ 2014 geben. Diese werden auf die Problematik „Krieg“ fokussieren.

<http://ifg.rosalux.de/2013/04/22/fortgeschriebene-einladung-zur-internationalen-diskussion-100-jahre-akkumulation-des-kapitals/>

<http://ifg.rosalux.de/2013/04/22/invitation-to-an-international-discussion-100th-anniversary/>

Da ist zum anderen das Projekt, eine EU-Diskussion zu führen, die die Arbeit an Akteursbündnissen für ein solidarisches, ziviles und ökologisches Europa befördert. Es orientiert insbesondere darauf, aufzuspüren, warum die bisherigen Bemühungen, demokratischen Widerstand und Alternativen-Entwicklung europäisch zu vernetzen, so wenig erfolgreich blieben.

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_04-2013.pdf (S. 5)

5. Weltsozialforum (<http://www.rosalux.de/documentation/467/weltsozialforum-2004.html>)

Für das IfG war und ist die Mitwirkung an Weltsozialforen (WSF) bzw. Weltsozialforumsprozessen (Mitwirkung an globalen Netzwerken, regionalen und thematischen Sozialforen) von hohem Stellenwert. Schließlich geht es um vielfältigen Erfahrungs- wie Meinungs-austausch, um die inter- und transnationale Vernetzung emanzipativer Akteure, um gemeinsame Lern- und Arbeitsprozesse, um die Absprache von Aktionen. Zugleich interessieren die eigene Forschung – zu Akteuren, gesellschaftlichen Entwicklungen, zu sozialökologischer Transformation und sozialem Wandel – wie der Beitrag zur politischen Profilierung und Wirksamkeit unserer Stiftung.

Dass der Austausch und die Akteursvernetzung global schwerpunktbezogen und prioritär orientiert an den Linken in der Region, wo das WSF stattfindet, erfolgen, bedarf sicher keiner besonderen Erklärung. Ebenso selbstverständlich ist, dass das IfG hier 2012/2013 mit dem Referat Nordafrika kooperierte. Mit Tanja, Theresa, Eva, Charlotte, Peter und den arabischen Kolleginnen Mai und Amel war zu jedem Zeitpunkt produktive Zusammenarbeit garantiert. Alternative Medien, Migration und Flucht, Wasser, die natürlichen Lebensbedingungen und die Gemeingüter insgesamt werden sicher auch künftig besondere Schwerpunkte bleiben.

6. Am Herrschaftsknoten ansetzen. Symposium zum 75. Geburtstag von Frigga Haug am 15. März 2013 in Berlin (<http://www.rosalux.de/documentation/48090/am-herrschaftsknoten-ansetzen.html>)

Der scharfsinnige Beobachter Bertolt Brecht schrieb: „In den Zeiten der Schwäche fehlt es oft nicht an richtigen Leitsätzen, sondern an einem einzigen. Von der Lehre paßt ein Satz zum andern, aber welcher paßt zum Augenblick? Es ist alles da, aber alles ist zuviel. Es fehlt nicht an Vorschlägen, aber es werden zu viele befolgt. [...] In den Zeiten der Schwäche ist vieles wahr, aber es ist gleich wahr; ist viel nötig und kann wenig geschehen...“ Der Hintergrund für diese Tatsache ist, so Frigga Haug in ihrem Referat auf dem Symposium, dass Herrschaft die Unterlegenen verstrickt in Knoten, dass sie sich selbst binden in Verhältnisse, denen sie sich dabei unterwerfen. Ihre eigenen Anstrengungen. Hoffnungen und Wünsche sind es, die die Herrschaftsknoten enger und enger machen. Indem sie an einem Ende ziehen, binden sie alle Ende noch fester zusammen.

Wie also diese Knoten befreiend und solidarisch auflösen? Ausgehend von einer Deutung des Märchens vom Fischer und seiner Frau zeigte Frigga auf, welcher Kunst es bedarf, aus diesem Verstricken auszubrechen. Es müssten Strategien entwickelt werden, die an verschiedenen Fäden zugleich ziehen, eine Vier-in-Einem-Perspektive entwickeln, durch erst die sehr unterschiedliche Forderungen der sozialen, der ökologischen, der feministischen, der radikaldemokratischen Linken ihre befreienden Charakter erhalten.

7. „Neue Entwicklungen der innerparteilichen Demokratie in der KP Chinas und in linken Parteien Europas“

Am 19. und 20. April 2013 trafen sich in Beijing Wissenschaftler_innen und politische AktivistInnen aus der VR China und Europa, um über „neue Entwicklungen der innerparteilichen Demokratie in der Kommunistischen Partei Chinas und in linken Parteien Europas“ zu diskutieren. Die Konferenz wurde organisiert vom Büro der RLS in Beijing und dessen chinesischen Partner „Zentrales Büro für Übersetzung und Kompilation beim ZK der KPCh“ (CCTB).

Die vielleicht wichtigste Erkenntnis bei aller Verschiedenheit der Parteien besteht darin, dass der Bedarf an neuen Konzepten für Partizipation und Mitbestimmung von Parteimitgliedern und Unterstützern linker Parteien sehr groß ist. Und das, obwohl die Ausgangssituation und Strukturen der Parteien, über die diskutiert wurden, äußerst unterschiedlich sind.

So wächst die Mitgliederzahl der KP Chinas seit Jahrzehnten kontinuierlich jährlich um 3 Prozent. Sie hat mittlerweile mehr als 82 Mio. Mitglieder und ist damit die weltgrößte Mitgliederpartei überhaupt. Unübersehbar sei, so Zhou Shuzhen von der Renmin Universität in Beijing, dass ihre Mitglieder mehr Einfluss und Mitbestimmung fordern und dass die Komponente „Demokratie“ im vorherrschenden Parteiverständnis vom „demokratischen Zentralismus“ gestärkt werden müsse.

In Europa hingegen verlieren die Parteien nicht nur ideologisches Profil und Wählervertrauen, sondern auch ihre Basis: Nur noch 1,3 Mio. Deutsche sind Mitglied einer Partei, d.h. zwei Prozent in den westdeutschen und ein Prozent in den ostdeutschen Bundesländern, erklärte der Parteienforscher Elmar Wiesendahl. Die LINKE hat derzeit über 63.000 Mitglieder. Die Finanz- und Schuldenkrise in der EU ist auch eine Krise des politischen Systems, das zunehmend in Frage gestellt wird. Der massive soziale Protest gegen die Spardiktate organisiert sich nicht mehr im Umfeld traditioneller linker Parteien. Diese müssen viel eher zusehen, den Anschluss an die Protestbewegungen und ihre basisdemokratischen Strukturen nicht zu verpassen, so Cornelia Hildebrandt von der RLS. Als neue bzw. erfolgreiche Modelle für Mitgliederbeteiligung und Öffnungen in die Gesellschaft stießen sowohl der „neue politische (Kommunikations-)Raum“ der Piratenpartei, erläutert von Michael Paetau, als auch die konkrete Verankerung der radikalen Linken in der griechischen Protestbewegung, dargestellt von Theodoros Paraskevopoulos (Syriza) auf reges Interesse der chinesischen Teilnehmer.

III. Wichtige Publikationen



Dieter Klein: Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus

Die Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus ist die Perspektive für das 21. Jahrhundert. Allerdings steht für die Abwendung oder Milderung einer Klimakatastrophe und anderer Bedrohungen nur noch ein knappes Zeitfenster zur Verfügung. Innerhalb dieses kurzen Zeitraums wird in Europa dem Kapitalismus nicht eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus folgen; die heutigen Machteliten werden noch mächtig sein. Die Lösung dieses Widerspruchs heißt »doppelte Transformation«. So könnten demokratische, soziale und ökologische Veränderungen im Rahmen einer postneoliberalen, aber noch bürgerlich-kapitalistischen Transformation erstritten werden.

Die emanzipatorischen Kräfte müssen deshalb bestrebt sein, eine zweite Große Transformation zugleich anzugehen. Alle Werte, Elemente, Institutionen und Praxen, die schon in der bürgerlichen Gesellschaften eine dem Kapital entgegengesetzte Logik der Entwicklung bergen, müssen dafür aus dem Abseits gerissen und entfaltet werden.



Hans Thie: Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

»Grüner Kapitalismus« ist kompatibel mit den Mächtigen, sorgt für das Flair ökologischer Modernität. Aber er ist keine Antwort, wenn es um fundamentale Zukunftsfragen geht. Wer Ökologie für alle will, muss die Wirtschaftsordnung grundlegend ändern. Sattes Grün verlangt kräftiges Rot.

Tausende Unternehmen präsentieren sich im modisch grünen Gewand. Bundeswehr und Pentagon publizieren Ressourcen- und Klimastudien. Parteien sortieren ihre Forderungskataloge neu, platzieren ganz vorn Duftmarken im Ökodesign. UNO und OECD setzen auf Green Growth.

Die neue Artenvielfalt grüner Szenarien hat, so wertvoll sie im Einzelnen sein mag, einen merkwürdigen Defekt. Die Welt der privaten Unternehmen, der gewinnorientierten Marktwirtschaft, also die Welt des Kapitals, erscheint als der selbstverständliche, stillschweigend als alternativlos vorausgesetzte Lebensraum für die großen Veränderungen, deren Notwendigkeit kaum noch jemand bestreitet.

Revolution der Technik und Bewahrung der gegebenen Wirtschaftsordnung – das ist der große gemeinsame Nenner, der von grünen Parteien bis zum militärischen Establishment reicht. Bei diesem gemeinsamen Nenner wird es nicht bleiben. Denn bei einem langfristig fortgesetzten Wachstum auf dem Pfad der vergangenen zehn oder 20 Jahre müsste die Energie- und Ressourceneffizienz in einem Maße steigen, das nicht vorstellbar ist.

Die entscheidende Frage lautet: Wie werden Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur in Worten, sondern auch in Taten, nicht nur im Design, sondern auch in der Substanz, nicht nur im Einzelnen, sondern auch systematisch naturverträglich? Der Autor formuliert Antworten ungewohnter Art und will grundlegende Veränderungen als realistische Chancen sichtbar machen.



Daniela Dahn: Wir sind der Staat. Warum Volk sein nicht genügt

"Wir sind der Staat! Warum Volk sein nicht genügt" ist der Titel des neuesten Werkes der Autorin. In der Ankündigung des Rowohlt-Verlages heißt es hierzu: „Daniela Dahn deckt tiefgreifende Blockaden auf, die den Staat daran hindern, die Dauerkrise zu lösen und sich in Freiheit weiterzuentwickeln – in ein Gemeinwesen, dessen Gesetze das Wohl aller in den Vordergrund stellen und nicht das Privateigentum, in dem die Allmacht der Parteien beendet wird. Einen Staat, der nicht mehr herrscht, wo er dienen sollte, und in dem die Bürger ihre wichtigen Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Und sie macht konkrete Vorschläge, wie wir dahin gelangen können – in Deutschland, Europa und, wer weiß, darüber hinaus.“ "Für einen kurzen Moment hatten die Revolutionäre in Ost-Europa die Macht in den Händen: 'Beliebtestes Möbel in

Polen, CSSR, Ungarn, Bulgarien und der DDR wurden die Runden Tische', ist im Buch zu lesen. Und weil diese höchst demokratische Machtausübung - in der DDR gab es diese Tische von der kleinsten Gemeinde bis zum zentralen Tisch in Berlin - ein Modell für morgen sein könnte, sucht und findet Daniela Dahn bei Hannah Arendt, in deren Buch *Über die Revolutionen*, einen Hinweis: Das Räte-system, so Arendt, sei 'die künftige Staatsform'. Mit diesem Rat ausgestattet, sucht die Autorin die versunkene Bayerische Räterepublik auf, stattet Lenin ein Besuch ab und will auch den Rat der Kronstädter Matrosen nicht ausschlagen. Und auf den möglichen Einwand, das sei doch alles längst vergangen, erwidert sie den denkwürdigen Satz: 'Zukunft ist zu Ende gebrachte Geschichte.'"

IV. Zeitschrift LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis



Das neue Heft „Es reicht“ – LuXemburg 2/2013, erscheint im Juni: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=2743>. Der gesellschaftliche Reichtum ist größer denn je – man könnte meinen: Es reicht – wäre er nicht so ungleich verteilt. Dabei geht es längst nicht nur um Geld – das aus den südlichen Krisenländern in den reichen Norden fließt, und aus den öffentlichen Haushalten in private Hände. Auch politische Souveränität, demokratische Kontrolle, Macht werden innerhalb der EU und in den Mitgliedsländern umverteilt. Mit der Austrocknung des Öffentlichen verschiebt sich außerdem der Zugang zu den Grundlagen eines guten Lebens: Gesundheit, Bildung, Wohnen – und die Verteilung von Arbeit und Zeit, auch zwischen den Geschlechtern. Umverteilung findet nicht nur von unten nach oben statt, sondern auch innerhalb einer Klasse: Gender-Pay-Gap und Elterngeld – aber auch von kleinem zu großem Kapital.